

## Die Stellung des Dreieckes.

Gegenüber dem Reichstag, den der österreichische Minister des Innern, Graf v. Aehrenthal, dem Reichstag in Berlin gemacht hat, haben die beiden Staatsmänner wiederholt eingehende Besprechungen über die europäische Politik gehabt. Das Ergebnis dieser Unterredungen ist in Wien sowohl wie in Berlin gleichlautend wie folgt veröffentlicht worden: Seit dem Bestande des engen Bundesverhältnisses zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien...

### persönliche Gedankenaustrausch

Zwischen den führenden Staatsmännern beider Reiche zu den Absicherungen der Rabinette von Wien und Berlin. Eine Befragung dieses alten Brauches darf in der Reife des Grafen Aehrenthal nach Berlin und in dem Besuche erwidert werden, den der österreichisch-ungarische Minister des Innern dem deutschen Reichskanzler Herrn v. Bethmann-Hollweg in Graz über von dessen vorjährigem Besuche in Wien abhandelt. Beide Staatsmänner hatten neuerdings die ihnen erwünschte Gelegenheit, sich über die verschiedenen politischen Fragen, die in letzter Zeit Bedeutung hatten, auszusprechen zu können. Anknüpfend an ihre Unterredungen vom vorigen Herbst waren sie in der Lage, festzustellen, daß ebenso Deutschland wie Österreich-Ungarn die

### Erhaltung des Friedens

im nahen Orient anstreben, und daß sie die weitere friedliche Entwicklung der inneren Verhältnisse der Türkei mit ihren Sympathien begleiten. Herr Graf Aehrenthal und Herr von Bethmann-Hollweg verständigten sich über die Beurteilung der nächsten Zukunft, sowohl was die

### Lage in Europa

im allgemeinen, als auch die Entwicklung im nahen Orient anbelangt. Diese Zuversicht stützt sich vor allem auf das Bundesverhältnis zwischen Deutschland und Italien, sowie auf die günstige Entwicklung der Beziehungen Deutschlands und Österreich-Ungarns zu den anderen Mächten, die die so notwendige Erhaltung der Eintracht unter den Mächten wirksam zu fördern geeignet sind. Eine solche amtliche Rundgebung aus Anlaß einer Minister-Begegnung ist ungewöhnlich, wenn er heißt, daß die amtlichen Rundgebungen, die in Wien und Berlin veröffentlicht worden sind, in aller Deutlichkeit erklären, daß irgendwelche Meinungsverschiedenheiten in der Beurteilung der internationalen Politik (also auch des österreichisch-russischen Verhältnisses) nicht vorhanden seien. Die Ministerbegegnung in Berlin hat eine Legende zerstört, die wieder einmal bestimmt war, Deutschland vor der Welt zu verächtlichen.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

Nach halbamtlichen Meldungen erscheint es nunmehr sicher, daß Kaiser Wilhelm auf der bevorstehenden Mittelmeer-Reise sowohl mit dem König Alfons von Spanien als auch mit dem König Viktor Emanuel von Italien zusammentreffen wird.

Der verstorbenen Reichspräsidenten Graf zu Stolberg-Wernigerode ist auf seinem Familiengut Dohnsdorf beigesetzt worden. Kaiser Wilhelm ließ sich bei der Feier durch den General v. Radenau vertreten.

## Eine titellose Geschichte.

Von Eugen Osborne.

(Fortsetzung.)

„Gernach, meine Herren!“ sprach die junge Frau. „Bei so viel Vorurteilen wird wahrhaftig die Wahl mir schwer. Gefallen Sie mir, wer Sie meiner Freundin vorzustellen: Fräulein von Kriegerheim. — Liebe Helene — Herr von Wildenau, Herr Fredericks, Herr Gardner, alle drei Cousins meines seligen Vaters, und hier sein Neffe Herr Albert von Schwerd, dem ich in tantenhafter Autorität anempfehle, die seinen Arm zu bieten. Ich nehme für diesmal den Ihren, lieber Gardner.“

Der Erwählte irrte vor Freude, während die verschämten Cousins ihn mit unzufriedenen Blicken ansahen. Der Neffe schien nicht böse über die getroffene Wahl.

Während dieser kleinen Szene war ein Herr aus den Reihen einer Portiere heraustrgetreten, und hatte einige Schritte gemacht, wie um sich den Damen zu nähern. Als er jedoch deutlich hatte Helene als Fräulein von Kriegerheim bezeichnet, war ihm eine Bewegung freudiger Überraschung entfahren, denn hatte er sich schamlos wieder hinter seine Portiere zurückgezogen, ohne von irgend jemand bemerkt worden zu sein.

Während der kurzen Pause, die dem Vortrage eines zweiten Bravourstückes von Seiten der europäischen Berühmtheit voranging, bemerkte Helene zwei Herren, die mit allen Anzeichen der Bewunderung auf sie übertraten. Der vorangegangene, mochte ungefähr vierzig

Im neuesten, dem Reichstage zugegangenen Geschäftsbericht des Reichs-Versicherungsamtes wird betont, daß nunmehr alle gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften im Reiche für die Überwachung und Durchführung der Unfallversicherungsbestimmungen im letzten Jahre 321 technische Aufsichtsbearbeiter, von denen 105 von den Bau- und Bergbau-Verufsgenossenschaften und 27 von den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften beschäftigt wurden.

Die Justizkommission des Reichstages verhandelte in zweiter Lesung über die Beleidigungs- und den Körperverletzungsparagraphen der Strafgesetzbuchergänzung. Die Verhandlung über die Beleidigungsparagrafen wurde abgebrochen, da der in erster Lesung angenommene Regierungsvorschlag auf Widerspruch stieß. Es wurden neue Anträge in Aussicht gestellt, in der Richtung, daß zu wirksamem Schutz des Privatlebens ein besonderes Delikt der Verletzung von Privatgeheimnissen gebildet wird.

Die Reichstags-Kommission für das Hansarbeitsgesetz hat ihre Beratungen begonnen. Die Frage, ob kleine selbständige Handwerker, die nur sich und ihre Familien beschäftigen, unter das Gesetz fallen, ist mit „ja“ beantwortet worden, soweit ihr Betrieb Gefahren für sie oder das Publikum bietet.

Die Vorschläge der Südbahner Interessenten über die Ausbeutung der südwestafrikanischen Diamantenlager werden von den maßgebenden Kreisen nach wie vor mit der Reichsregierung für unvereinbar angesehen. Die weitere Fortsetzung der in den von den Südbahnerern erneut an den Reichstag gesandten Depeschen erwähnten Einzelheiten dürfte voraussichtlich anlässlich der dritten Lesung des Kolonialgesetzes im Reichstage erfolgen, die umgekehrte Mitte März stattfinden wird. Bis dahin ist auch der Gouverneur v. Schumann in Berlin eingetroffen und wird an den Verhandlungen teilnehmen können.

Die Wahlrechts-Kommission des preuss. Abgeordnetenhauses hat die erste Lesung der Wahlrechtsvorlage zu Ende geführt. Der letzte bemerkenswerte Beschluß ist, daß mit 19 gegen 9 Stimmen die öffentliche Wahl für die Abgeordneten — im Gegensatz zu den geheimen Wahlen — festgelegt wurde.

Auf eine Anregung betr. Abschaffung des Zeugniszwangsverfahrens erklärte Minister v. Frauenhofer in der heutigen Abgeordnetensammlung: Zu einer Beseitigung des Zeugniszwangs im Disziplinarverfahren könne die Regierung nicht die Hand bieten, da sie gewisse Zwangsmittel im Disziplinarverfahren nicht entbehren könne. Das Redaktionsgeheimnis dürfe sich nur auf den Redakteur beziehen, nicht auch auf den Beamten, der auch für sein aufrichtiges Verhalten verantwortlich sei. Im übrigen solle das Zeugniszwangsverfahren vorläufig angewandt werden.

Im elftägigen Bundesausguch ist übermal der Antrag, die Reichsregierung solle Glas-Lothringen zum selbständigen Bundesstaat erheben, mit großer Mehrheit angenommen worden. Der Staatssekretär Herr von Bülow gab dazu folgende Erklärung ab: „Die Regierung ist ernstlich bestrebt, den Ausbau unserer Verfassung im Sinne einer größeren Selbständigkeit des Landes zu fördern. Verhandlungen auf diesem Gebiete schweben seit langem bei den zuständigen Stellen in Berlin. Erneute Anregungen unserer Seite lassen hoffen, daß die Angelegenheit baldigst der Entscheidung zugeführt wird.“ Darauf wurde einstimmig ein weiterer Antrag angenommen, der für Glas-Lothringen eine republikanische Verfassung wünscht, und ferner ein Antrag auf Einführung des geheimen Wahlrechts in Verbindung mit der Verhältniswahl, die auch den Winderbeuten eine Vertretung sichert.

### England.

Im Oberhause erklärte der Staatssekretär

für Indien, es sei im Augenblick nicht festzustellen, welche Ursachen der Flucht des Dalai-Lama von Tibet nach Indien zugrunde liegen, jedenfalls sei es sicher, daß er von den Chinesen nicht vertrieben worden sei. Die indische Regierung unterhandelt gegenwärtig mit der chinesischen, um eine Klärung der so übereinstimmend gesicherten Lage herbeizuführen.

### Belaukauften.

Der türkische Senat hat nach fünfjährigen stürmischen Debatten die fünf-millionen anleihe für die Marine genehmigt. Die Anleihe (100 Mill. Frank) ist von der Abgeordnetenkammer schon vor längerer Zeit beschlossen worden.

Die türkisch-bulgarischen Grenzfreistellungen, die schon im vorigen Jahre häufig Anlaß zu Streitigkeiten boten, haben durch erstere Formen angenommen, als die Regierung in Konstantinopel anfangs zugeben wollte. Wiener Nachrichten zufolge ist es an verschiedenen Grenzpunkten zu scharfen Gefechten der beiderseitigen Wachen gekommen. Es heißt sogar, daß beide Staaten einen kriegsmäßigen Truppenaufmarsch eingeleitet haben.

### Amerika.

Die Zustände in Nicaragua scheinen nach wie vor ziemlich trübselig zu sein; denn nach den neuesten Meldungen hat Präsident Madrid vor den Rebellen (die angeblich entschlossen geschlagen waren) die Flucht ergriffen. Im Lande herrscht völlige Anarchie und vier Rebellenführer nehmen den Präsidentenstuhl für sich in Anspruch.

## Aus dem Reichstage.

Der Reichstag legte am Donnerstag die zweite Lesung des Etats für das Reichamt des Innern vor. Abg. Werner (Recht.) erklärte, sein Standpunkt sei so wichtig wie der Bauernstand. Das gelte auch dem Handwerkerstand. Darauf ging der Abg. Spring (Recht.) ausführlich auf Handwerkerfragen ein und forderte weitgehenden Schutz des Handwerkerstandes. Der Handwerker könne nicht als Vertretung der Handwerker angesehen werden. Abg. Hübner (nat.-lib.) fragte, wenn der Staat für Industrie und Landwirtschaft gefordert habe, warum nicht auch für das Handwerk? Abg. Carlens (Recht.) hielt eine gelinde Wirtschaftspolitik für die beste Hilfe des Handwerks. Abg. Koch (Soz.) kritisierte die Schutzpolitik und suchte dann die Wahlrechtsdemokratien besonders der Frankfurter Arbeiter zu rechtfertigen. Staatssekretär Delbrück warnte vor einer unpragmatischen Sozialpolitik. Die veränderten Verhältnisse haben gerade in der laufenden Session mit der Einführung von Gesetzesvorlagen gereicht, daß es unmöglich ist die Fortführung der Sozialpolitik beizubehalten. Ein Reichsberggesetz lehnen die veränderten Verhältnisse nach wie vor ab.

Am 25. d. wird die zweite Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern fortgesetzt. Abg. Behrens (nat.-lib.) sagte: Wir sind bereit, die Sozialpolitik der Regierung nach wie vor zu unterstützen. Besonders in Bezug auf die Parteigehebelung. Ferner wünschen wir die vernünftige Durchführung der Arbeit. Durch ein Verbot unter überlegen wirtschaftspolitischen Bedenken die Arbeiter den größten Schaden. Die Regierung solle mit ihrer bisherigen Gesinnung, Vertreter der Arbeiterorganisationen zu hören, nicht brechen. Zu unsern nationalen Arbeiterkongressen entsendet ja die Regierung schon Vertreter, hört zum Arges der Sozialdemokraten. Rechner fordert weiter u. a. geeignete Maßnahmen gegen die Schandliteratur und wünscht die baldige Verabschiedung.

Staatssekretär Delbrück: Die Frage der Bekämpfung der Schandliteratur ist im Huch. Die Überwachung soll nicht von lokalen Polizeibehörden vorgenommen werden, sondern von einer organisierten Überwachung auf internationaler Grundlage. In Paris wird demnächst eine internationale Konferenz stattfinden. Sie sehen, ich lehne die Partei vollen Aufmerksamkeit.

Abg. v. Liebert (Recht.) wendet sich gegen den sozialdemokratischen Antrag auf Einführung der amtsärztlichen Arbeitszeit in der Glasindustrie. Man muß doch auch an die Interessen der Industrie denken. Die Glasindustrie ist keineswegs gefährdeter als andere Industrien. In der Umgebung von Glasbläsern lebende Jagden werden oft von Glasarbeitern gepachtet! Die Löhne sind um 35 Prozent gestiegen.

Abg. Kren (Recht.) befürwortet die Resolution gegen die Schandliteratur. In der Hamburger

Märgerheit ist sogar ein liberaler Antrag gegen diese Literatur angenommen worden. Wir können schon jetzt auf Grund des § 184 (schärfere Maßnahmen) ergreifen. Bedauerlich ist es, wenn Sachverständige, die in künstlerischen Dingen lag denken, von den Gerichten zugezogen werden.

Abg. v. Horkel (nat.-lib.) wendet sich gegen die Vorwürfe, die der Bund der Landwirte gegen seine Partei erhoben. Gerade sie hat die Landwirtschaft gefördert, warum dann noch die wüste Rede? Alles, was im deutschen Staat schlecht ist, wird den Nationalliberalen zugeschoben. Wir wünschen nicht, daß bei uns

### englische Zustände

einreißt. Ich erkenne an, daß der Bund der Landwirte besteht gewesen ist, die Landwirtschaft zu fördern. Die Agitation der Sozialdemokratie nicht vorteilhaft gegen die des Bundes der Landwirte an. Rechner greift weiter den Bund der Landwirte an und verteidigt den Bauernbund.

Abg. v. Horkel (nat.-lib.) fährt aus, daß die national-liberale Partei selbst Schuld daran sei, wenn sie eingegriffen werde, besonders wegen ihrer Stellung zur Finanzreform. Diese Partei hat diejenigen, die an der Finanzreform mitgearbeitet haben, schuldig gemacht. Rechner greift ausführlich auf die einzelnen Punkte der Finanzreform ein. Den Konventionen ist doch die ganze Reform zu danken! Wenn die Wirkungen sich nur auf den Mittelstand und die Arbeiter beschränkt hätten, dann wäre es niemals zur Veränderung des Haushalts gekommen. Da aber das Großkapital ebenfalls herangezogen wurde, machte man auf einmal die ganze Reform schlecht. Die Finanzreform war notwendig.

wenn wir die Weltanschauung des Reiches wahrnehmen wollten. Das wird auch im Besonderen. Gerade die mittleren Schichten waren übermäßig belastet, und wenn wir das Großkapital herangezogen, so können wir das jederzeit vertreten. Für die Erbschaftsteuer konnten wir aus Prinzip nicht stimmen, denn man hätte die

### Besserung der Erbschaften

immer weiter getrieben. Das den Bauernbund anberührt, so möchte ich hier anführen, was der frühere Staatsminister v. Hammerstein gesagt hat: „Der Bauernbund soll doch endlich sagen, was er ist: ein national-liberaler Wahlverein!“ Ich bin feinerzeit aus der national-liberalen Partei ausgetreten, weil sie ihre früheren guten Tugenden verfallen hat, die sie von der Bismarckischen Politik ab- und der Copypolitik zu führen. Ihr Zukunftssehen ist dem Sozialdemokratismus in noch klumaliger (zu den Reil. gerandt) Ende. Sie leisten ja nur die

### Vorbereitung für die Sozialdemokratie!

Die Sozialdemokraten wollen alles an den Bauern herunterziehen in die große erbarmungslose Gleichheit. Sie brauchen wollen alles verdrängen. Bei den vorigen Wahlen war es noch möglich, dem Publikum gut zuzureden, jetzt aber ist dies unmöglich. Wir sehen den Abgang des Kampfes in zwei Jahren in Ruhe entgegen.

Abg. Gothein (Recht.) hält die Ausführungen der beiden Herren Vertreter als nicht zur Sache gehörig. Leider hat der Staatssekretär geteilt zu viele Bedenken gegen einen größeren Schutz des Wahlgenusses geltend gemacht. Jüngere sind jedenfalls keine geeigneten Bewerber für Stimmzettel. Von einem Parteigesetz verdrängen wir uns sehr wenig. Rechner fordert bessere Ausbildung der Handwerker und vertritt nachzuweisen, daß die Landwirtschaft gar nicht in der Lage ist, den landwirtschaftlichen Bedarf zu decken. Der Bund der Landwirte vertritt vor allem die Interessen des Großgrundbesitzes.

Abg. David (Soz.): Wenn der Abg. Kren meint, daß wir alle einig sind in der Bekämpfung des Schmutzes in Wort und Bild, so trifft dies nur in gewissem Sinne zu. Wir wollen nicht Verleumdungen von Anklägern verbieten, sobald es sich um Rechte handelt. Rechner wendet sich zu den Äußerungen mehrerer Abgeordneter über die Glasarbeiter. Die Sozialdemokratie hat sich ernsthaft an den sozialpolitischen Arbeiten beteiligt. Die Regierung sollte nicht die Arbeiterorganisationen zu diskreditieren suchen, wie dies der Herr Staatssekretär getan hat. Der Zusammenhang zwischen dem Bund der Landwirte und dem Bauernbunde hat größere Bedeutung. Früher oder später muß doch ein

### tieferer Blick

zwischen großen und kleinen Landwirten kommen, wenn auch vorläufig Oldenburgs realistische Ansichten im Jhrts Buch beibehalten werden. Der Zusammenhang zwischen Landwirtschaft und Bauernbund ist also als Fortschritt zu begrüßen. Freilich läßt sich sehr wohl darüber streiten, wer jetzt größere Macht hat, Herr Dr. Dahn oder Herr von Bethmann-Hollweg.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen zwischen den Abg. v. Horkel de Wente und Dahn verläßt sich das Haus bis Dienstag.

„Sehr gern, lieber Neffe, verzehle ich Ihnen,“ sagte Adelheid lachend, „trotzdem Sie Ihre Entschädigung um einen Schritt zu weit nach links angebracht haben. Glauben Sie, daß ich Sie bekannt mache... Fräulein von Kriegerheim — Herr von Wildenau, — ein zweiter Neffe meines seligen Vaters.“

Kauschende Passagen verhierten eine Antwort des Verlegenen. Dem zweiten Bravourstück der Verhöhnung folgten andere Welen, dann kam die große Pause, während der fast alle ihre Plätze verließen, um sich einige Bewegung zu machen, und mit Bekannten zu plaudern.

Helene, die hier noch sehr fremd war, hielt sich dicht an Adelheids Seite. Einmal neigte sie sich zu ihrem Onkel und flüsterte: „Sie sind da!“ — Und nach einigen Minuten: „Sie kommen.“

Wirklich näherte sich ihnen eine Gesellschaft von drei Herren und suchte sich mit einiger Schwermüdigkeit Bahn zu machen durch die vielen Bekannten und Bekannten, die Frau von Gundlingen stets umschwärmen wie Vienen einen Donnerstod. Der eine war ein gewisser Baron von Gerstfeld, ein alter Herr, den beide jungen Damen noch von ihrer Kindheit her kannten und liebten; die zwei anderen waren jense, mit denen sie zwar auch schon Bekanntschaft gemacht hatten, jedoch auf ungewöhnliche Weise, und ohne daß ihnen deswegen deren Namen bekannt geworden wären... aber nicht, ohne daß sie in dieser Hinsicht schon ihre Vermutungen gefaßt hätten.

„Meine lieben, jungen Freundinnen,“ sagte der freundliche alte Herr, „hier wünschen Ihnen

vorgelegt zu werden (mit einer leichten Handbewegung nach den beiden hin) der Prolektor Sonnenfeld, der Baron von Gundlow, Namen, die Ihnen nicht unbekannt sein werden. Ich brauche Ihnen also nicht erst zu sagen, daß unsere Stadt stolz sein kann auf solche Gäste, und daß Sie daran liegen muß, ihre Ehre ihnen gegenüber gewahrt zu sehen. Zu diesem Zweck glaube ich nichts Besseres tun zu können, als diese Fremden Ihrer besonderen Aufmerksamkeit anzupfehlen!“

„Wel den letzten Worten nicht der alte Herr ein Paar mal (schelmisch mit dem Kopf und entfernte sich.“

„Ich hoffe, Sie verzeihen es mir, gnädiges Fräulein,“ sagte der Bräutigam, der Helene ehemalige Neffegefahrte war, „daß ich eine Form scheinbar so lange verstimmt habe, die mir doch erst das Recht gibt, mich zu Ihren Bekannten zählen zu dürfen. Ich weiß es sehr, daß Sie hier ebenso fremd sind wie ich, und habe verzehle nach einem beiderseitigen Bekannten gefragt. Am Gelingen zweifelnd, war ich schon entschlossen, mich heute ohne weiteres selbst vorzustellen, als ein glücklicher Zufall mir Herrn von Gerstfeld in den Weg führte.“

„O!“ sagte Helene freundlich. „Sie haben jedenfalls eine gute Rekommandation ausfindig gemacht. Sie dürfen selbst, wie ich mich schäme Herr v. Gerstfeld Sie einführen. Bei meiner Freundin und mir steht er aber in ganz be-